

- (A)
- Ich rufe die Tagesordnungspunkte 6 a bis 6 e auf: –
- 6 a) **Balkandebatte**
- Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
- Bericht der Bundesregierung über die Ergebnisse ihrer Bemühungen um die Weiterentwicklung der politischen und ökonomischen Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und ganz Südosteuropa für das Jahr 2005**
- (B)
- Drucksache 16/778 –
- Überweisungsvorschlag:
 Auswärtiger Ausschuss (f)
 Sportausschuss
 Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
 Verteidigungsausschuss
 Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
 Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
 Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
 Ausschuss für Tourismus
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Rainer Stinner, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Kosovo-Statusverhandlungen noch 2006 zu erfolgreichem Abschluss bringen**
- Drucksache 16/588 –
- Überweisungsvorschlag:
 Auswärtiger Ausschuss (f)
 Verteidigungsausschuss
 Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln),
- Dr. Uschi Eid, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (C)
- Das Abkommen von Dayton weiterentwickeln und überwinden**
- Drucksache 16/877 –
- d) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN
- Beendigung der Operation „ALTHEA“ und Einrichtung einer internationalen nicht-militärischen Polizeimission in Bosnien und Herzegowina**
- Drucksachen 16/217, 16/861 –
- Berichterstattung:
 Abgeordnete Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
 Detlef Dzembitzki
 Dr. Werner Hoyer
 Dr. Norman Paech
 Marieluise Beck (Bremen)
- e) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Rainer Stinner, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP (D)
- Eigenverantwortung von Bosnien und Herzegowina stärken – Verfassungsprozess unterstützen und "Bonn Powers" des Hohen Repräsentanten abschaffen**
- Drucksachen 16/228, 16/862 –
- Berichterstattung:
 Abgeordnete Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
 Detlef Dzembitzki
 Dr. Werner Hoyer
 Dr. Norman Paech
 Marieluise Beck (Bremen)
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.
- Ich möchte nun die Aussprache eröffnen und bitte die Kolleginnen und Kollegen, die dieser Debatte nicht folgen möchten, den Saal zu verlassen, damit sich die anderen auf den ersten Redner konzentrieren können.
- Ich erteile das Wort dem Kollegen Gernot Erler für die Bundesregierung.
- (Beifall bei der SPD)
- Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt:**
 Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat am 24. Februar dieses Jahres

Staatsminister Gernot Erler

- (A) ihren Bericht über die Ergebnisse ihrer Bemühungen um die Weiterentwicklung der politischen und ökonomischen Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und ganz Südosteuropa für das Jahr 2005 vorgelegt. Dieser Bericht stellt fest, dass es sieben Jahre nach dem Ende des letzten der vier blutigen Balkankriege der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts, des Kosovokrieges, in dieser Region signifikante Fortschritte bei der **politischen Stabilität**, bei der gesellschaftlichen Transformation in Richtung **Rechtsstaatlichkeit** und **Demokratie** und bei der weiteren **wirtschaftlichen Konsolidierung** gibt.

Diese Entwicklungen sind nicht zuletzt einer zentralen politischen Entscheidung zu verdanken, nämlich dem Angebot an die Länder des westlichen Balkans, sich in die euroatlantischen Strukturen zu integrieren. Heute befinden sich die Staaten alle auf diesem Weg, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. **EU- und NATO-Mitgliedschaft** sind für sie nicht nur eine ermutigende Perspektive, sondern auch ein Ansporn, auf dem genannten Weg fortzuschreiten.

Diese Perspektive stellt auch den unverzichtbaren Rahmen für die Lösung nach wie vor ungelöster **Probleme und Konflikte der Westbalkanregion** dar. Die den Ländern des westlichen Balkans 2003 in Thessaloniki zugesagte **europäische Perspektive** hat daher für die Bundesregierung nach wie vor Bestand.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Dr. Rainer Stinner [FDP])

- (B) Deutschland und die EU werden den Prozess der Integration sämtlicher Länder der Region weiterhin unterstützen. Gerade weil es zunehmend nötig wird, die Aufrechterhaltung der Beitrittsperspektive öffentlich zu erklären und offensiv gegen Zweifel zu vertreten, muss weiter gelten: Entscheidendes Kriterium für die Beitrittchance jedes einzelnen Landes muss die Erfüllung der Kriterien des *Acquis communautaire* bleiben. Die von der Kommission im November 2005 hierzu verabschiedete Roadmap ist ein gutes Instrument für diese konditionierte Heranführung.

Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der grenzüberschreitenden **regionalen Zusammenarbeit** zu. In deren Zentrum steht nach wie vor der **Stabilitätspakt für Südosteuropa**, der vor sieben Jahren unter deutscher EU-Präsidentschaft initiiert wurde. Unter seinem Dach hat sich ein dichtes Netzwerk von regionalen Abkommen entwickelt, deren engagiertestes die geplante Schaffung einer regionalen Freihandelszone in Südosteuropa ist. Aber auch der unerlässliche Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption kann nur über eine verstärkte regionale Zusammenarbeit erfolgreich sein.

Es gibt also Fortschritte, aber nach wie vor auch ernsthafte Herausforderungen. An erster Stelle muss dabei die **Statusfrage** für das **Kosovo** genannt werden. Eine Nichtklärung des Kosovostatus birgt sowohl im Hinblick auf die Sicherheit als auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung große Risiken. Deswegen hat sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Oktober letzten

Jahres für die Einleitung des Statusprozesses ausgesprochen, der dann im November unter Leitung des ehemaligen finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari formell begonnen wurde. Bei ihrem Treffen mit Martti Ahtisaari Ende Januar in London haben sich die Außenminister der Kontaktgruppe für eine Statuslösung noch in diesem Jahr ausgesprochen. (C)

Grundlage des Statusprozesses bleiben die vom Sicherheitsrat gebilligten **Leitlinien der Kontaktgruppe**, vor allem die bekannten drei Neins: keine Rückkehr zu den Bedingungen von vor 1999, keine Vereinigung des Kosovo mit einem Drittstaat oder Teilen davon und keine Teilung des Kosovo. Daneben sollte jegliche Statuslösung die folgenden Kriterien erfüllen: den Willen der Bevölkerung respektieren, dem Schutzbedürfnis der Minderheit vollständig Rechnung tragen und die Stabilität in der gesamten Region erhöhen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir machen uns keine Illusionen: Auch nach der Beantwortung der Statusfrage wird die **internationale zivile und militärische Präsenz** noch für einen beträchtlichen Zeitraum erforderlich sein, das heißt: KFOR bleibt unerlässlich. Darüber wird der Bundestag direkt im Anschluss hieran eine Beschlussfassung treffen.

Lassen Sie mich wegen der Bedeutung der Kosovofrage für den Erfolg der Stabilisierung der Region Südosteuropa noch einige Worte zum Verlauf sagen: Seit Februar finden in Wien unter der Leitung von Martti Ahtisaari **Direktverhandlungen zwischen Belgrad und Pristina** statt. Auch nach nunmehr insgesamt sechs Verhandlungen liegen die Positionen der Parteien leider immer noch weit auseinander. Da sind die Kosovo-Albaner, die für eine rasche und unkonditionierte Unabhängigkeit eintreten, dort ist Belgrad, das für einen Status plädiert, bei dem – Zitat – mehr als Autonomie, aber weniger als Unabhängigkeit vorgesehen ist, und nicht zuletzt sind dort die Kosovo-Serben, die mit Recht auf Garantien für ihre Zukunft dringen. Es ist völlig klar: Eine Lösung der Statusfrage kann ohne eine Beachtung der Rechte auf Sicherheit, auf Bewegungsfreiheit, auf Flüchtlingsrückkehr und auf Schutz gefährdeter religiöser Stätten nicht funktionieren. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dazu hat Außenminister Steinmeier auch entsprechende Gespräche mit dem neuen kosovarischen Premierminister Ceku geführt. Wir sind im Übrigen auch der Meinung, dass es nicht hilfreich war, dass die serbische Führung die kosovarischen Serben aufgefordert und einen entsprechenden Druck ausgeübt hat, sich aus den Institutionen vor Ort zurückzuziehen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Auch darüber hat der deutsche Außenminister mit Premierminister Koštunica gesprochen, wobei er unsere Position sehr deutlich gemacht hat.

Staatsminister Gernot Erler

- (A) Die Bundesregierung begrüßt, dass das Referendum in **Montenegro** am 21. Mai dieses Jahres friedlich und ohne Zwischenfälle verlaufen ist. Sie begrüßt auch, dass das inzwischen amtlich bestätigte Ergebnis von 55,5 Prozent Zustimmung bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 85 Prozent Klarheit geschaffen hat. Die OSZE hat bescheinigt, dass hierbei alle internationalen Standards eingehalten worden sind.

Entscheidend ist jetzt, dass dieses Ergebnis definitiv von allen Seiten akzeptiert wird. Wir begrüßen, dass hierzu konstruktive Reaktionen aus Belgrad zu verzeichnen waren. Die EU hat in ihren Verlautbarungen bereits deutlich gemacht, dass sie diesem Ergebnis Rechnung tragen wird. Wir unterstützen diese Position. Belgrad und Podgorica sollten nunmehr unverzüglich in einen Dialog über die Ausgestaltung ihres künftigen Verhältnisses treten und dabei ihre Beziehung auf eine gutnachbarschaftliche Basis stellen.

Im Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate kann man feststellen, dass sich das **Stufenmodell** bei den **Integrationsprozessen** dynamisch entwickelt. Slowenien ist schon seit zwei Jahren Mitglied der EU und schickt sich an, 2007 der Eurozone beizutreten. Wir sehen dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2007 entgegen. Mit Kroatien wurden im Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Albanien schaut voller Zuversicht auf die nächste Sitzung des Europäischen Rates, damit das SAA-Abkommen unterzeichnet werden kann. Mit Bosnien und Herzegowina sind Verhandlungen über ein solches Abkommen bereits letztes Jahr aufgenommen worden und können wahrscheinlich im ersten Halbjahr 2007 abgeschlossen werden.

(B)

Mit Serbien und Montenegro laufen ebenfalls Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, nachdem Mazedonien schon den Status eines Kandidaten erreicht hat. Allerdings sind die Verhandlungen mit Serbien und Montenegro im Augenblick wegen der fehlenden Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Sachen Jugoslawien unterbrochen. Wir müssen darauf bestehen, dass die mutmaßlichen Täter von Srebrenica einschließlich General Mladic zur Verantwortung gezogen werden. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Um den Überblick über das Stufenmodell abzuschließen: Moldova ist inzwischen ein aktiver Partner der EU-Nachbarschaftspolitik geworden. So weit zum aktuellen Sachstand bei der aktiven Umsetzung unserer Südosteuropa-Gesamtstrategie.

Ich möchte abschließend Folgendes betonen: Wir sind davon überzeugt, dass die gemachten Zusagen des Europäischen Rates – von der Sitzung in Thessaloniki im Juni 2003 bis zur Salzburger Erklärung der EU-Außenminister am 12. März 2006 – zur europäischen Perspektive weiterhin den verlässlichen politischen Rahmen für die Länder Südosteuropas und des Westbalkans darstellen müssen. Wir sind auch davon überzeugt, dass die Lö-

sung der nach wie vor vorhandenen Konflikte und Probleme in dieser Region ohne eine solche verlässliche europäische Perspektive nicht möglich ist. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir sind ebenso davon überzeugt, dass trotz aller Schwierigkeiten beim europäischen Verfassungsprozess die friedenspolitische und stabilitätswirksame Erfolgsgeschichte der Integrationspolitik nicht infrage gestellt werden darf.

Nur wenn die EU auf diesem Weg weiter vorangeht, werde ich im nächsten Jahr in der Lage sein, Ihnen erneut einen Bericht mit positiven Ergebnissen über die Umsetzung der Gesamtstrategie vorzulegen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat der Kollege Dr. Rainer Stinner, FDP-Fraktion.

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme der Einschätzung des Herrn Staatsministers zu. Es hat im letzten Jahr in der Region Balkan/Südosteuropa Licht und Schatten gegeben. Aber wir können zum Glück feststellen, dass in den letzten zwölf Monaten in der Gesamtbetrachtung eher das Licht überwogen hat. Es gibt tatsächlich eine ganze Reihe von positiven Entwicklungen. (D)

Im **Kosovo** haben endlich die **Statusverhandlungen** begonnen. Wir begrüßen das sehr; denn wir haben schon immer auf den Beginn dieser Verhandlungen gedrängt. Dazu haben wir einen Antrag vorgelegt, in dem wir deutlich machen, dass diese Verhandlungen möglichst zügig abgeschlossen werden sollen. Inzwischen sind auch die internationale Gemeinschaft, die Kontaktgruppe und andere unserer Meinung, dass wir zügig zum Ende kommen sollen. Wir werden in der nächsten Debatte ausführlich darauf eingehen können.

Nach dem erfolgreichen und friedlichen **Referendum in Montenegro** kann die dortige Regierung nun beweisen, dass sie in der Lage und willens ist, die friedliche Entwicklung ihres Landes zu fördern. Ich bin sehr gespannt auf die Erfolge. Wir werden die Regierung dabei unterstützen, aber wir werden sie auch an ihren früheren Aussagen messen. Auch das gehört zu unserer Rolle als Europäer.

Wir Europäer – und damit auch die Bundesregierung – haben aber auch sehr viel Glück gehabt. Glücklicherweise hat das Referendum ein punktgenaues Ergebnis erbracht. Stellen Sie sich bitte vor: Hätten 53,7 Prozent der Wähler zugestimmt, dann wäre das eine politische Katastrophe gewesen. Deshalb habe ich es nie verstanden, Herr Staatsminister, warum die Europäische Union und auch die Bundesregierung der Hürde von 55 Prozent

Dr. Rainer Stinner

- (A) zugestimmt haben. Das war sehr gefährlich. Sie haben diesmal noch Glück gehabt.

(Beifall bei der FDP)

Serbien stellt nach wie vor ein Problem dar. Wir müssen bedauerlicherweise feststellen, dass sich Serbien selbst im Weg steht. Das Land ist sehr wichtig. Das ist uns bekannt und wir möchten Serbien gerne helfen. Aber solange Serbien nicht in der Lage ist, mit seiner Vergangenheit umzugehen, wird das Land es schwer haben, in Zukunft in Europa seinen Platz zu finden. Das müssen wir so deutlich feststellen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich als Beauftragter des Deutschen Bundestages für **Bosnien-Herzegowina** nunmehr auf dieses Land eingehen. Leider ist in den letzten Wochen der Versuch einer Verfassungsreform im Parlament gescheitert. Ich bedauere das sehr. Sie wäre keine endgültige Lösung gewesen, aber sie hätte einen Schritt in die richtige Richtung bedeutet.

Ich mache mir auch einige Sorgen über die Einstellung und Verhaltensweise der kroatischen Ethnie in Bosnien-Herzegowina gegenüber dem Gesamtstaat. Ich möchte alle bitten, wo auch immer wir Einfluss haben – in den Parteien, aber auch bei den Kirchen –, auf die Kroaten innerhalb und außerhalb Bosnien-Herzegowinas entsprechend einzuwirken. Dass auch der Anteil der Kroaten am Zustandekommen einer friedlichen Entwicklung dieses Landes berücksichtigt wird, ist für mich sehr wichtig. Darauf sollten wir, wie gesagt, gemeinsam hinwirken, wo immer wir das können.

(B)

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Nach dem Scheitern des Versuchs einer Verfassungsreform wäre es eine Versuchung für den Hohen Repräsentanten in Bosnien-Herzegowina, Schwarz-Schilling, gewesen, die „Bonn Powers“ einzusetzen. Er hat zwar noch die dafür notwendige Machtbefugnis, aber klug, wie er ist, hat er darauf verzichtet. Er weiß nämlich genau, dass es heutzutage keinen Sinn macht, zu versuchen, von außen mithilfe der „Bonn Powers“ dafür zu sorgen, dass sich Bosnien-Herzegowina in die richtige Richtung bewegt. Ihm ist nämlich klar – das hat er am 23. Mai in einer wegweisenden Rede im Parlament sehr deutlich zum Ausdruck gebracht –, dass es Aufgabe der Politiker und Repräsentanten in diesem Lande ist, selber Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kein Mensch, keine Organisation und kein OHR kann sie davon abhalten und ihnen diese Aufgabe abnehmen. Wir müssen die Politiker und andere Verantwortliche in diesem Lande dazu bringen, diese Verantwortung wahrzunehmen. Das macht Herr Schwarz-Schilling in ausgezeichneter Weise.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Aus diesem Grunde haben wir gefordert, dass die „Bonn Powers“ abgeschafft werden. Denn sie sind nicht mehr zeitgemäß. Wir möchten das Land selbst auffordern und dazu ermächtigen, seine Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Das haben wir auch in unserem Antrag formuliert.

Alles in allem kann ich – hoffentlich mit Ihrer aller Zustimmung – feststellen, dass die Art und Weise, in der Herr Schwarz-Schilling sein Amt ausübt, und der riesige persönliche Einsatz unseren Dank verdienen. Wir können stolz darauf sein, dass wir diesen Vertreter in Bosnien-Herzegowina haben.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden heute dem Antrag der Grünen zu Bosnien-Herzegowina zustimmen. Das ist der richtige Ansatz. Wir haben schon 2004 ähnliche Ansätze vorgeschlagen. Wir sind dabei völlig d'accord und von daher sollten wir dem Antrag zustimmen. Auch wenn wir verschiedenen Parteien angehören, sind wir in dieser Sache einer Meinung.

In Bosnien-Herzegowina ist das drittgrößte Kontingent **deutscher Soldaten** im Einsatz. Es ist richtig, dass das Kontingent in der Vergangenheit bereits abgeschmolzen wurde. Wir stehen vor der neuen Weichenstellung, nach und nach den Anteil des Militärs zu senken und den der Polizei zu erhöhen. Das ist eine richtige und sinnvolle Entwicklung, die wir uneingeschränkt befürworten.

(D)

Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den Linken, heute ist leider noch nicht der richtige Zeitpunkt, vollständig auf das militärische Potenzial verzichten zu können. Ich verstehe zwar die Richtung, aber Ihr Antrag kommt zur Unzeit. Deshalb werden wir ihn heute ablehnen müssen, aber die Richtung ist sicherlich vorgegeben.

Die gesamte Region Südosteuropa eint eines, nämlich die Vision auf dem **Weg zu Europa**. Wir haben in Thessaloniki ein starkes politisches Commitment abgegeben, zu dem wir auch stehen. Herr Staatsminister, ich unterstütze Ihre Ausführungen dazu voll.

Wir müssen aus eigenem, aus innereuropäischem Interesse einen Beitrag zur positiven Entwicklung der Region leisten; das wollen wir tun. Unsere Versprechen müssen gelten. Die Länder der Region sind aufgefordert, das Ihre zu einer positiven Entwicklung beizutragen und dafür zu sorgen, dass wir unsere politischen Versprechen halten können. Darauf sollten wir diese Länder einmal hinweisen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zurück zur Redeliste und gebe dem Kollegen Eckart von Klaeden, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Stinner [FDP])

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Wenn wir über die Geschichte der Europäischen Union und über deren Zukunft sprechen, dann wird meiner Ansicht nach zu wenig gewürdigt, welchen Erfolg die Europäische Union in Kooperation mit der NATO in den Jahren von 1989 bis 2004 erzielt hat; denn nach dem Fall des Eisernen Vorhangs hätten ja die Staaten Mittel- und Osteuropas zu potenziellen Failing States werden können. Es hat dort viele ethnische Konflikte gegeben. Die Transformation ist schwierig gewesen. Aber die Perspektive, zuerst NATO-Mitglied und dann Mitglied der Europäischen Union werden zu können, hat es den jungen Demokratien in diesen Ländern ermöglicht, Stabilität zu gewinnen und auf dem Weg hin zu Demokratie und Marktwirtschaft – jedenfalls im Großen und Ganzen – erfolgreich zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aus dieser Lehre für die Staaten Mittel- und Osteuropas sollten wir Konsequenzen für die Balkanregion ziehen. Bei allen Konflikten, die es dort gibt, und bei allen Schwierigkeiten, die die Europäische Union selber hat, muss völlig klar sein, dass die Balkanstaaten die **Beitrittsperspektive** behalten müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn die Beitrittsperspektive gibt den europafreundlichen politischen Führungen dort die Möglichkeit, schwierige Transformationsprozesse durchzuführen und ihre Völker zu überzeugen. Wenn die Beitrittsperspektive entfällt, dann wird es für diese politischen Eliten nur noch schwer oder gar nicht mehr möglich sein, den **Transformationsprozess** in Richtung mehr **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft** in ihren Ländern zu meistern. Dann droht nicht nur ein Verharren im Status quo, sondern sogar ein Rückfall. Das hätte schließlich auch Konsequenzen für unsere Sicherheitslage und unsere wirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Klar ist ebenfalls – das ist sozusagen die andere Seite der Medaille –, dass die betreffenden Länder selber die Beitrittsperspektive mit Leben erfüllen müssen. Auf Neudeutsch: Es muss „performance driven“ sein. Die Länder müssen also die Voraussetzungen und Kriterien zunehmend selber erfüllen, um immer näher an die Europäische Union herangeführt werden zu können. Sie müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre Chancen nutzen. Dieser europäische Prozess bietet insbesondere die Chance, zu erkennen, dass Grenzfragen und ethnische Konflikte, die teilweise Jahrhunderte zurückgehen, an Bedeutung verlieren bzw. gelöst werden kön-

Eckart von Klaeden

- (A) nen, wenn schließlich die Möglichkeit einer gemeinsamen Mitgliedschaft in der Europäischen Union besteht.

Ich finde, wir müssen die Beitrittsperspektive aufrechterhalten, auch wenn es immer wieder Schwierigkeiten in der Umsetzung gibt, wie wir gerade in Wien erlebt haben. Dort ist die sechste Verhandlungsrunde zum **Status des Kosovo** genauso erfolglos zu Ende gegangen wie die fünf Verhandlungsrunden zuvor. Ein westlicher Diplomat hat die Verhandlungen als Gespräche von Gehörlosen bezeichnet. Ich finde, diese Bezeichnung ist ungerecht gegenüber Gehörlosen.

(Beifall des Abg. Markus Löning [FDP])

Hier geht es vielmehr darum, dass die Verhandlungsparteien sich die Ohren bewusst zuhalten und die Probleme der anderen nicht sehen wollen.

Wir müssen deswegen immer wieder darauf aufmerksam machen, dass auf beiden Seiten noch viel **Flexibilität** und viel **Kompromissbereitschaft** erforderlich sind. Auch der jüngste Vorschlag der serbischen Regierung zur Zukunft des Kosovo ist nicht geeignet, die Verhandlungen erfolgreich fortzusetzen.

Herr Erler hat es gerade schon betont: Wir unterstützen die Bemühungen des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen, Martti Ahtisaari, zu einer Verhandlungslösung zu kommen. Es ist richtig, dass für die Lösung der Statusfrage ein gewisser Zeitdruck vorhanden sein muss. Insofern hat die FDP mit ihrem Antrag Recht. Ich finde bloß, dass der in Ihrem Antrag zum Ausdruck kommende Wunsch, die Statusfrage in diesem Jahr auf jeden Fall zu lösen, nicht richtig ist. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die **innenpolitische Situation** Serbiens muss uns allen Anlass zur Sorge geben. Ich verweise auf das Referendum in Montenegro, das zwar offiziell akzeptiert wird, die politische Klasse in Serbien dennoch tief verletzt hat. Diesen Eindruck habe ich jedenfalls bei meinem Besuch in Serbien und auch im Kosovo in der letzten Woche gewinnen können. Beide Seiten, Serbien und Montenegro, sind aufgefordert, für eine friedliche und einvernehmliche Trennung zu sorgen und gutnachbarliche Beziehungen herzustellen. Ein erster Schritt – das will ich hier deutlich sagen – ist sicherlich die gestrige Entscheidung Belgrads gewesen, Serbien zum alleinigen Rechtsnachfolger des bisherigen Staatenbundes zu erklären und damit das offiziell bestätigte Referendumsergebnis anzuerkennen. Beide Staaten – noch Teilstaaten, dann unabhängige Staaten – müssen in den Bereichen Justiz, Verwaltungsreform, Demokratisierung, Kriminalitätsbekämpfung und Wirtschaftsreformen noch erhebliche Anstrengungen unternehmen.

Insbesondere was die Belgrader Regierung angeht, muss man immer wieder darauf hinweisen, dass die Auslieferung von Mladić an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag eine wesentliche und nicht wegzudenkende Voraussetzung dafür ist, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union weitergehen. Hier darf es

von unserer Seite keine Kompromisse geben. Serbien muss klar gemacht werden, dass es in diesem Punkt kein Wackeln und kein Verhandeln geben kann. Es liegt allein in der Verantwortung Belgrads, dafür zu sorgen, dass es dort weitergehen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Über die Perspektive des Westbalkans und seine grundsätzliche politische Bedeutung habe ich schon gesprochen, auch darüber, dass die Europäische Union diese europäische Perspektive in Thessaloniki im Juni 2003 betont hat. Die Bundesregierung stellt in ihrem Bericht zur Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und ganz Südosteuropa bemerkenswerte Fortschritte fest.

Blicken wir zum Beispiel nach Kroatien: Im Oktober 2005 konnte schließlich bestätigt werden, dass die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof in einer Weise funktioniert, die es ermöglicht, die Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Mazedonien erhielt im November 2005 den Status eines Beitrittskandidaten. Die entsprechenden Verhandlungen können aufgenommen werden, sobald die noch offenen Bedingungen erfüllt werden, vor allem die Überbrückung der Kluft zwischen den ethnischen Gruppen. Insbesondere das Ergebnis der Parlamentswahlen am 5. Juli wird interessant sein.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

(D)

Bedauerlicherweise ist der Prozess in Bosnien und Herzegowina ins Stocken geraten. Das Repräsentantenhaus in Bosnien-Herzegowina hat im April ein Verfassungsreferendum abgelehnt, mittels dessen funktionalere Strukturen entsprechend den europäischen Standards geschaffen werden sollten.

Herr Kollege Stinner hat zu Recht auf die bemerkenswerte und von unserer Seite besonders zu lobende Arbeit von Christian Schwarz-Schilling hingewiesen.

(Beifall des Abg. Markus Meckel [SPD])

Er hat bei seinem Amtsantritt deutlich gemacht, dass er nicht vorhat, die „**Bonn Powers**“ einzusetzen. Die Entwicklung zu mehr Demokratie und zu mehr Rechtsstaatlichkeit soll ihren Ursprung in der Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas selber haben. Daraus sollte man aber, wie ich finde, nicht die Konsequenz ziehen, die „Bonn Powers“ abzuschaffen. Die Entscheidung, mit dem Einsatz dieser Kräfte sehr zurückhaltend zu sein, ist meiner Meinung nach sehr weise. Gerade die Initiative aus der Republika Srpska, nach dem Referendum in Montenegro ein ähnliches Referendum in dieser serbisch-bosnischen Teilrepublik durchzuführen und auf diese Weise den Staatenverbund infrage zu stellen, zeigt, dass es für die Abschaffung der „Bonn Powers“ einfach noch zu früh ist. Deswegen sind wir hier auch unterschiedlicher Ansicht, Herr Kollege Stinner.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Eckart von Klaeden

- (A) Eine besonders wichtige Rolle spielt weiterhin die Althea-Mission, über die wir voraussichtlich Ende November im Bundestag erneut debattieren werden. Althea ist ein beeindruckendes Beispiel. Ich habe vorhin schon von der Kooperation zwischen NATO und Europäischer Union gesprochen. Deswegen finde ich es besonders bedauerlich, dass die „**Berlin Plus**“-**Vereinbarungen** insbesondere von der Türkei immer wieder gestört werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wenn die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden will, dann muss sie vorher zeigen, dass sie den europäischen Geist unterstützen und weitertragen will. „Berlin Plus“ ist ein Zeichen dafür. Deswegen ist von der Türkei zu verlangen, dass sie „Berlin Plus“ unterstützt und nicht weiter behindert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss und will dann auch mit meinem Fazit enden: Es liegt weiterhin viel Arbeit vor uns. Wir sollten bei allen täglichen Schwierigkeiten in den Verhandlungen und in den Entwicklungsprozessen in den einzelnen Ländern nicht den Erfolg der letzten Jahre, seit 1989 insbesondere, aus den Augen verlieren.

- (B) Wir brauchen einen langen Atem. Dann werden wir – da bin ich mir sicher – mit den nötigen Anstrengungen auch zum Erfolg kommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Dr. Norman Paech von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Norman Paech (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das anspruchsvolle Thema heißt: Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und ganz Südosteuropa. Wir haben insgesamt 30 Minuten dafür. Mir bleiben vier Minuten. Was mache ich?

(Uta Zapf [SPD]: Aufhören! – Weitere Zurufe)

Ich konzentriere mich auf das, was sich bei näherem Hinsehen auf die Beseitigung der Folgen eines beispiellosen Zerfalls- und Zerschlagungsprozesses eines Landes reduziert. Da bin ich mit Ihnen, Herr von Klaeden, über die Leistung der NATO-Staaten gar nicht einer Meinung; die NATO hat nicht einmal vor einem völkerrechtswidrigen Krieg zurückgeschreckt. Daran ist immer wieder zu erinnern; denn die Wunden dieses Krieges sind noch heute zu spüren.

(Beifall bei der LINKEN – Erich G. Fritz [CDU/CSU]: Fangen Sie mit Ihrer Erinnerung mal etwas früher an, Herr Kollege!)

(C)

Jetzt soll der Kosovo von Serbien getrennt werden. Das ist nicht nur das eindeutige Ziel der Kosovo-Albaner, sondern das ist auch das Ziel der NATO-Staaten. Dabei spielt die Ausgangsresolution 1244 des UNO-Sicherheitsrats gar keine Rolle mehr. Diese Resolution spricht noch von der – ich zitiere – Erhaltung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit Serbiens und einer substanziellen Autonomie und tatsächlichen Selbstverwaltung des Kosovo innerhalb der Grenzen Serbiens. Das ist auch das Angebot Belgrads. Von dort wird gesagt: Gebt uns 20 Jahre, um den endgültigen Status dieser Provinz zu finden. – Das ist ein faires Angebot. Beide Seiten müssen sich gemeinsam über die neuen Grenzen und die eventuelle Teilung einigen. Die Entscheidung zwischen Trennung und Autonomie mag noch Zeit erfordern, aber jede Teilung von außen – durch die EU oder sogar durch die NATO – ist nicht nur völkerrechtswidrig, sondern wird mit Sicherheit neue Gewalt erzeugen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der EU und der Bundesregierung – das wissen wir jetzt – sind 20 Jahre allzu lang und sie drängen auf eine Lösung noch in diesem Jahr. Aber anders als in Montenegro hilft hier kein Referendum; denn es geht um eine weitere Teilung Serbiens, der auch die serbische Regierung zustimmen muss. Das **Recht auf Selbstbestimmung**, auf das man sich so oft beruft, gibt in diesem Fall kein einseitiges Recht auf Sezession. Das ist genauso wie zum Beispiel bei den Völkern Abchasiens, Transnistriens, Kurdistans und des Baskenlandes. Deswegen fordern wir von der Bundesregierung – da sind wir, Herr von Klaeden, wieder zusammen –: Unterlassen Sie alles, was eine einseitige und gewaltsame Trennung des Kosovo herbeiführt! Bleiben Sie bei dem Verhandlungsprozess, auch über das Jahr 2006 hinaus!

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Schauen wir dann noch kurz auf **Bosnien-Herzegowina**, wo drei Völker in einem Protektorat zusammengehalten werden. Hier ist von Separation keine Rede, sondern nur von Demokratiedefizit, Kriminalität, Prostitution und Drogenhandel, sozusagen den üblichen und notwendigen Konsequenzen aus den Schwierigkeiten des Zusammenlebens solcher Völker im Alltag. Hier wird der Aufbau eines neuen multiethnischen Staates versucht. – Serbien hingegen soll in weitgehend monoethnische Teile getrennt werden. Ein Narr, wer einer solchen Gesamtstrategie der Widersprüche nicht misstraut.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir – damit komme ich zum Ende – unterstützen allerdings alle Versuche, aus dem Protektorat Bosnien-Herzegowina einen eigenständigen und souveränen Staat zu machen und die spätfudalen Eingriffsrechte eines Hohen Repräsentanten, auch wenn er ein Deutscher ist, abzuschaffen. Aber das ist nur ein Schritt auf dem Weg zu einem richtigen Staat und zu einer richtigen Gesellschaft.

Dr. Norman Paech

- (A) – Deswegen unsere Forderung: Ziehen Sie – Herr Stinner, das ist überfällig – die deutschen Truppen der Althea-Mission jetzt ab;

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Nein, unter keinen Umständen! Das machen wir nicht!)

denn diese haben nur noch polizeiliche Aufgaben zu verrichten; das ist nachgewiesen. Das kann auch eine Polizei machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ziehen Sie sie ab,

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Nein, mache ich nicht!)

ersetzen Sie sie durch polizeiliche Kräfte und stärken Sie die immer noch schwachen institutionellen Kräfte des Staates! Dabei werden wir Sie immer unterstützen.

Danke sehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als nächste Rednerin hat das Wort die Kollegin Marieluise Beck vom Bündnis 90/Die Grünen.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es könnte in der Tat keinen größeren Widerspruch zwischen der zeitlichen Kürze der Debatte und der Komplexität der Verhältnisse auf dem Balkan geben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Der Zerfall Jugoslawiens mit den Schrecken des Krieges dauert eigentlich immer noch an und wird die internationale Gemeinschaft sicherlich auf lange Zeit als Moderator, Begleiter und auf einige Zeit mit militärischer Präsenz zur Friedenssicherung brauchen. Bei aller Unvollkommenheit und Mühseligkeit des Prozesses muss man sagen: Es gibt keine Alternative zu diesem Engagement, das das vereinigte Europa sowohl aus ethischen Gründen als auch aus eigenen Interessen aufrechterhalten muss.

Zu **Bosnien**. Der Vertrag von Dayton war unvollkommen und bleibt eine Hypothek für die junge Republik Bosnien, die, nach wie vor faktisch zweigeteilt, damit schlechte Rahmenbedingungen sowohl für die ökonomische Entwicklung als auch für die politische Stabilisierung hat. Das Land hat 180 Minister, wie wir inzwischen wissen; das ist aberwitzig.

Der Verfassungsentwurf ist aus unterschiedlichen Motiven heraus abgelehnt worden, und zwar aus gegensätzlichen: von einigen politischen Kräften, weil sie fürchten, dass mit diesem Verfassungsentwurf die Zweiteilung fortgeschrieben würde, von anderen, weil sie ein geeintes Bosnien nicht wollen. Das ist das Dilemma bei der Ablehnung des Verfassungsentwurfes.

(C) Nun kommt die nächste Etappe, die zeigt, wie gefährlich die Situation in Bosnien noch ist. Der Ministerpräsident der Republik Srpska, Dodik, ein Hoffnungsträger für einige Zeit, hat nun vorgeschlagen, dass es für die Republik Srpska ein Referendum geben müsse, ähnlich wie für Montenegro. Das ist aberwitzig; denn wir alle wissen, dass die serbische Mehrheit in der Republik Srpska nur durch Krieg, Vertreibung und Mord hergestellt worden ist. Das kann keine Grundlage für ein Referendum sein. Das ist noch einmal die Stunde für die „Bonn Powers“, die unmissverständlich deutlich machen müssen, dass die Entitäten kein Recht haben, sich aus dem bosnischen Gesamtstaat herauszulösen, sondern nur die UN Änderungen vornehmen könnte.

Über **Montenegro** ist hier gesprochen worden. Ich hoffe, dass es einen möglichst konsensualen Weg der Trennung und Entflechtung der beiden Länder gibt.

Am schwierigsten ist derzeit sicherlich die Situation bei den Statusverhandlungen im **Kosovo**. Ahtisaari steht fast vor einer Quadratur des Kreises. Ich glaube, dass es klug ist, zunächst einmal die Eckpunkte zu definieren und zu sagen, was nicht akzeptabel ist. Das sind die drei Neins, die wir alle kennen.

Man hat den Eindruck, dass weite Teile der serbischen Bevölkerung und auch weite Teile der politischen Elite in Serbien immer noch nicht die volle Tragweite ihres Handelns begriffen haben, nämlich dass der Krieg und die Aggression, die von serbischem Boden ausgegangen sind, Folgen für das eigene Land haben. Das müssen wir den Serben immer wieder sagen.

(D) Dennoch kann durch eine Strategie, den Status vor Stabilität zu stellen, der Balkan wieder zu einem Pulverfass werden. Wir müssen daher den Prozess sehr deutlich im Auge behalten, der neben der Regelung der Statusfrage vor allen Dingen die Forderung an die Kosovo-Albaner enthält, eine Politik zu machen, mit der die Minderheiten tatsächlich geschützt werden, und ein Strafrechtssystem aufzubauen, das dem eines Rechtsstaates gleicht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der SPD)

In dem neuen Bericht von Human Rights Watch über das Rechtswesen im Kosovo wird festgestellt, dass auch nach sieben Jahren viele Unzulänglichkeiten gerade im Strafrechtssystem zu finden sind und dass es eine strafrechtliche Verfolgung der Übergriffe insbesondere des Jahres 2004, die im großen Maßstab stattgefunden haben, kaum gegeben hat.

Es gilt also jetzt, diesen Prozess in kluger Weise fortzuführen. Ob er in diesem Jahr beendet werden kann, können wir nicht wissen. Aber es ist gut, zeitlich Druck auszuüben. Es ist auch klar, dass während dieser schwierigen Phase die militärische Präsenz notwendig bleiben wird. Wir werden innerhalb des nächsten Tagesordnungspunktes im Einzelnen darüber sprechen.

Trotz aller Schwierigkeiten muss man sagen: Zu Beginn des Krieges vor mehr als zehn Jahren gab es von ernst zu nehmenden Politikern die These, man müsse

Marieluise Beck (Bremen)

- (A) den Konflikt auf dem Balkan ausbluten lassen. Im Vergleich zu einer solch grausamen Perspektive ist der Weg, den die internationale Gemeinschaft eingeschlagen hat – bei aller Unvollkommenheit –, doch der bessere gewesen und er bleibt der einzig vertretbare.

Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/778 und 16/588 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 16/877 mit dem Titel „Das Abkommen von Dayton weiterentwickeln und überwinden“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist damit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der Linken gegen die Stimmen von FDP und Grünen abgelehnt.

- (B) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 16/861 zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Beendigung der Operation ‚ALTHEA‘ und Einrichtung einer internationalen nicht-militärischen Polizeimission in Bosnien und Herzegowina“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 16/217 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen aller Fraktionen bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 16/862 zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Eigenverantwortung von Bosnien und Herzegowina stärken – Verfassungsprozess unterstützen und ‚Bonn Powers‘ des Hohen Repräsentanten abschaffen“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 16/228 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion angenommen.

(C)

(D)